



NEWSLETTER I/2014

# NORD|SÜD *news*



Foto: Semilla Luz/flickr, CC BY 2.0

Fußball und Politik sind kaum zu trennen: Proteste während des FIFA Confederations Cup 2013

## WM in Brasilien – Der Fußball kommt von der Straße

**Vor der Fußball-WM brennt in Brasilien wieder die Luft. Das ist kein Wunder: Der Sport spiegelt die soziale Realität Brasiliens und die Ungleichheit der Gesellschaft.**

Die Proteste „haben uns wachgerüttelt“, sagt Carlos Cordeiro, Präsident der CUT-CONTRAF, der Gewerkschaft der Bankangestellten. Im vergangenen Jahr hatten Millionen Menschen während des FIFA Confederations Cup für besseren Transport, Gesundheit, Bildung und gegen Korruption und Luxusstadion demonstriert. „Wir werden während der WM 2014 wieder auf die Straße gehen“, verspricht Leonardo Cavalho von Passe Livre, der autonomen Bewegung Freie Fahrt, die sich an die Spitze der Proteste gesetzt hatte. Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff hat versprochen, Erlöse aus dem Erdölgeschäft in das

öffentliche Gesundheits- und Bildungssystem zu stecken. Die Korruption zu bekämpfen, wird dagegen extrem schwierig. Tiefgreifende politische Reformen sind dafür notwendig. Nicht nachzulassen mit dem Druck fordert deshalb der Generalsekretär des Gewerkschaftsdachverbandes CUT, Sergio Nobre. Während sich die meisten Brasilianer auf die Copa freuen, spricht der einstige Fußballstar Rivaldo, Weltmeister von 2002, von „einer Schande, dass die Weltmeisterschaft in Brasilien stattfindet“. Die siebtgrößte Wirtschaftsmacht der Welt hat erfolgreich Millionen Menschen aus der Armut geholt, liegt aber bei der sozialen Gleichheit weit hinten.

Im Fußball spiegelt sich die soziale Realität Brasiliens wider. In den letzten zehn Jahren sind die Eintrittspreise in die Stadien um über 100 Prozent

Weiter auf Seite 2



### Inhalt

#### Titel

- | WM in Brasilien – Der Fußball kommt von der Straße ..... S. 1–2

#### Informelle Wirtschaft

- | Interview: „Informal is normal“ ..... S. 3–4
- | Kommentiert: Die Türen offenhalten ..... S. 4
- | Abfall: Bogotá – Gute Idee im Müll ..... S. 5
- | Straßenhandel: Indien – Vertreiben oder Behindern verboten ..... S. 6

#### Aus den Projekten

- | Bangladesch – „Die Näherinnen sind traumatisiert“ ..... S. 7

#### Notiert

- | FIFA hält an Katar fest; Mitreden bei der Freihandelszone TTIP; Neue Broschüre: Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); Impressum ..... S. 8

Fortsetzung von Seite 1

gestiegen. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich das Durchschnittseinkommen eines Arbeiters um 37 Prozent auf heute rund 2.000 Real (rund 610 Euro). Der Mindestlohn liegt bei 724 Real. Ein normales Spiel kostet etwa 50 Real, 80 Real, wenn die Mannschaften im legendären Maracanã-Stadion in Rio de Janeiro aufeinandertreffen.

„Die Stadien werden zu Konsumtempeln für den reichen Fan“, klagt der Anthropologe Antonio Osvaldo Cruz. Das ist gewollt. Ein Clubchef gab unverblümt zu verstehen, dass er kein Publikum wolle, das mit nacktem Oberkörper riesige Fahnen schwenke, laut schimpfe und gröle. In die gleiche Kerbe haut João Borba, Präsident des Firmenkonsortiums Maracanã S.A., das im vergangenen Jahr das traditionsreiche Stadion in Rio übernommen hat. Er sagte, ihm schwebte ein Zuschauer wie im Tennis-Mekka Wimbledon vor – jemand, der sich zu kleiden und zu benehmen wisse.

Das erinnert an längst vergangen geglaubte Zeiten, als der *futebol* aus dem von den finanzkräftigeren weißen Gesellschaftsschichten bewunderten Europa kam und zu einem exklusiven Sport für die hellhäutige Oberschicht wurde. Rios erster Fußballclub, Fluminense, war bald gesellschaftlicher Mittelpunkt. Nach dem Kirchgang nahmen die Damen der vornehmen Gesellschaft auf der Holztribüne Platz. So bot das Match auch eine Gelegenheit, die neueste Mode vorzuführen.



Foto: copagov/flickr, CC BY 2.0

„Konsumtempel für die Reichen“: Maracanã-Stadion in Rio de Janeiro

Wer Schwarzer war oder ein schwarzes Elternteil hatte, dem wurde kein Zutritt gewährt, auch wenn Brasilien die Sklaverei 1888 abgeschafft hatte – als letztes Land Amerikas. Die Haut spiegelt die soziale Hierarchie wider. Je dunkler, je ärmer. Das gilt auch heute noch. Doch die afrobrasilianischen Ballkünstler waren viel zu gut, als dass die Vereine auf sie hätten verzichten können. In den 20er und 30er Jahren fielen endgültig die Rassenschran-

ken im brasilianischen Fußball. Später wurden viele Kicker ins Ausland transferiert, vor allem als in den 80er Jahren die Schuldenkrise die öffentlichen Kassen leerte und über Brasiliens Clubs und Stadien der Pleitegeier kreiste.

Brasilien ist seitdem nicht nur ein Rohstoffexporteur von Soja und Metallen. Kein Wunder also, dass die reaktionären Äußerungen des Konsortiumschefs protestierende Fans auf den Plan riefen. Sie kleideten sich wie die Aristokratinnen und Aristokraten in den Anfangsjahren des vergangenen Jahrhunderts – die Männer trugen vornehme Anzüge und Schlips, die Frauen lange Kleider und breite Hüte. Auf Schildern stand: „Ruhe bitte, die Spieler sind auf dem Rasen.“ Der Protest endete mit einem klassischen Five O’Clock Tea.

Der nationalen Fußballverband CBF ließ sich nicht irritieren. Seine Vorstandsetage ist seit 1958, als sich João Havelange auf dem Präsidentensessel niederließ, von den Familien Havelange-Teixeira dominiert. Havelange wechselte 1974 in die Spitze des Weltfußballbundes FIFA, in Brasilien übernahm sein Schwiegersohn Ricardo Teixeira mit den Worten: „Ich bin hier, um ein Produkt zu verkaufen, das Fußball heißt.“ Dem widmete er sich intensiv – nicht gerade zum eigenen Nachteil. Den Weg des mächtigen Duos begleiteten immer neue Skandale, in denen es um Bestechung, krumme Geschäfte und Korruption ging. Selbst als Texeira

2012 nach einer Schmiergeldgeschichte abdanken musste, gelang es ihm, mit José Maria Marin wiederum einen seiner Protégés an der CBF-Spitze zu hinterlassen. Marin ist für die Regierung Rousseff *persona non grata* – er ist heute noch ein glühender Verteidiger der Militärdiktatur, die von 1964 bis 1985 ihre brutalen Schatten über das Land warf und von der auch Havelange und Teixeira profitierten. Dilma Rousseff wurde von



Foto: Felipe Quintanilha/flickr, CC BY-NC 2.0

Strippenzieher in der FIFA: João Havelange, langjähriger Präsident und Ehrenpräsident

den Militärs brutal gefoltert. In die Zeit der Militärdiktatur fällt auch die WM 1970. Mit begeisterndem Offensivfußball eroberte Brasilien den Weltmeistertitel zum dritten Mal. Der berühmte Diktator General Emilio Medici schenkte jedem Spieler 18.500 US-Dollar: „Ich identifiziere diesen in der Brüderlichkeit des Sports errungenen Sieg mit der Steigerung des Glaubens an unseren Kampf um die nationale Entwicklung.“ Pelé, der Star der Mannschaft, revanchierte sich: „Es gibt keine Diktatur in Brasilien. Wir sind ein freies Volk.“

Wie anders doch Socrates, WM-Kapitän der Traummannschaft von 1982: Das Fußball-Idol engagierte sich gegen die Gewaltherrscher, lief mit der Trikotaufschrift „Demokratie jetzt“ auf und machte in der Kampagne „Diretas Já“ für die direkte Wahl des Staatspräsidenten mit. Im Fußballclub Corinthians São Paulo setzte er basisdemokratische Strukturen durch, die Spieler entschieden über Trainingszeiten, Spielerwechsel und Speiseplan – eine Kampfansage nicht nur an die autoritären Strukturen im brasilianischen Fußball, sondern auch an die Militärdiktatur.

Pelé dagegen trat erneut ins Fettnäpfchen, als er den Demonstranten im vergangenen Jahr zurief, sie sollten mit den Protesten aufhören und lieber die Mannschaft unterstützen. Ein Mitglied dieser Mannschaft, Neymar, zeigte dagegen Verständnis für die Proteste: „Ich will ein gerechteres, sichereres, ehrlicheres Brasilien.“ Viele Stars kennen die Nöte, sie entstammen häufig selbst einfachen Verhältnissen.

Da schließt sich der Kreis zu den Demonstrierenden. „Einfach traurig“, findet Passe Livre-Streiter Cavalho: „Der Mega-Event wird nicht für das gemeine Volk veranstaltet.“ Deshalb werde es neben Protesten während der Copa auch ein Turnier auf der Straße geben: „Dort, wo der Fußball herkommt.“

Karl-Ludolf Hübener

 ist freier Journalist in Montevideo, Uruguay, und berichtet für verschiedene Rundfunkanstalten über Südamerika.



# „Informal is normal“

**Nur ein Bruchteil der Menschen weltweit arbeitet mit einem formalen Vertrag und sozialer Absicherung. Der Rest muss sich im informellen Sektor durchschlagen. Das ist nicht nur für sie selbst eine besondere Herausforderung.**

*Nord | Süd-news: Frau Kühl, eigentlich ist doch die formelle Wirtschaft das Maß aller Dinge – sie schafft beispielsweise das Bruttosozialprodukt. Wieso beschäftigt sich die Internationale Arbeitsorganisation ILO in diesem Jahr schwerpunktmäßig mit informeller Arbeit?*

Bianca Kühl: Die kurze Antwort darauf ist: „Informal is normal.“ Was wir unter Normalarbeitsverhältnis verstehen, ist beispielsweise in Sub-Sahara-Afrika die Ausnahme. Nach den neuesten Zahlen der ILO sind im Durchschnitt 74 Prozent der Frauen und 61 Prozent der Männer dort im informellen Sektor beschäftigt. Nicht inbegriffen die Landwirtschaft, wo die Zahlen besonders schwer zu erfassen sind. In Asien haben 83 Prozent der Frauen und 82 Prozent der Männer keinen gesicherten Arbeitsplatz. Im Übrigen geht es der ILO gerade darum, den Übergang von informeller zu formeller Wirtschaft zu organisieren.

*Um welche Sektoren geht es vor allem?*

Nach wie vor ist die Landwirtschaft der Bereich mit der höchsten informellen Beschäftigung. Klassische Bereiche sind aber auch kleine Händler, Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, Müllsammler, Hausangestellte oder Menschen, die informell im Transportsektor arbeiten, auf dem Bau, in der Bekleidungsindustrie und in Hotels und Gaststätten. Es gibt sogar einen nicht unbeträchtlichen Anteil von informell Beschäftigten in Unternehmen.



Im Interview: Bianca Kühl\*

\*siehe Kurz-Bio Seite 4

*Also sind praktisch alle Sektoren einbezogen. Trifft es auch Männer und Frauen gleichermaßen?*

Als Faustregel gilt: Je schlechter die Arbeitsbedingungen, desto mehr Frauen üben diese Tätigkeit aus.



Und wenn etwas passiert? Bauarbeiter in Juba

*Was bedeutet es konkret für einen Menschen, informell beschäftigt zu sein?*

Laut Weltbank haben rund 1,2 Milliarden Menschen nur ein bis zwei Dollar pro Tag zum Leben. Nur jede und jeder Fünfte hat irgendeine Form von sozialer Sicherung. 80 Prozent aller Menschen haben also keine vernünftige Krankenversicherung und wissen nicht, wovon sie im Alter leben sollen. Jeden Tag kämpfen sie neu ums Überleben, sie arbeiten nicht nur zehn, sondern 14 oder 16 Stunden. Oder sie müssen ihre Kinder wieder aus der Schule nehmen, damit diese mit zum Lebensunterhalt beitragen können. Oder sie haben nicht drei, sondern nur zwei Mahlzeiten am Tag – und die fallen kärglich aus.

*Und wie wirkt sich diese Informalisierung auf die Staaten aus?*

Ihnen entgehen Steuereinnahmen, mit denen die Regierungen politisch Einfluss nehmen und Korrekturen auf die ungleiche Eigentumsentwicklung nehmen könnten.

*Klingt nach einem Teufelskreis. Wer kann den aufbrechen?*

Die Initiative geht meist von den Menschen in der informellen Wirtschaft selbst aus. Innerhalb der letzten zehn Jahre ist zu beobachten, wie sie sich zunehmend selbst organisieren, um sich Gehör zu verschaffen und ihre Rechte geltend zu machen. Das jüngste Beispiel sind die Hausangestellten: Die Frauen haben sich aktiv an den Verhandlungen innerhalb der ILO über eine Konvention zum Schutz von Hausangestellten

beteiligt. Sie haben sich selbst organisiert und in Gewerkschaften zusammengeschlossen. Letztes Jahr haben sie dann ihre eigene globale Föderation gegründet, die International Domestic Workers Federation, kurz IDWF – übrigens die erste globale Gewerkschaftsorganisation, die ausschließlich von Frauen geführt wird.

*Worauf muss man bei so einem Prozess achten?*

Die größte Gefahr ist meines Erachtens, dass am Ende nicht diejenigen von formell abgesicherten Arbeitsplätzen profitieren, die diese Arbeit schon immer gemacht haben. Müllsammlerinnen und Müllsammler etwa dürfen nicht beim Aufbau einer städtischen Müllabfuhr ihr Einkommen verlieren. Sie sind die Experten und müssen entsprechend beteiligt werden.

*Gibt es schon Positivbeispiele, an denen sich neue Initiativen orientieren könnten?*

Von einer Überwindung der informellen Beschäftigung kann sicher noch nirgends gesprochen

Weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

werden, aber es gibt durchaus Fortschritte bei der sozialen Absicherung, vor allem in den Schwellenländern. So hat in Brasilien das Programm „Bolsa Familia“ unter Präsident Lula große Verbesserungen mit sich gebracht. Dort bekamen die Familien Geld dafür, dass sie ihre Kinder zur Schule schicken konnten. Dabei stellte sich heraus, dass es sinnvoll ist, den Frauen das Geld zu geben – dann ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass das Geld auch für die Familien ausgegeben wird.

Ein anderes Beispiel ist Indien: Seit 2006 gibt es ein Gesetz, das auf dem Land Lebenden jährlich 100 Tage Arbeit garantiert. Nach Aussagen der Regierung haben 50 Millionen ländliche Haushalte seit 2008 regelmäßig davon profitiert, eine gewisse Grundversorgung ist gewährleistet. Das heißt aber noch lange nicht, dass es in Indien auf absehbare Zeit keine informelle Wirtschaft mehr geben wird.

### Welche Rolle können die Gewerkschaften in so einem Prozess spielen?

Eine wesentliche! Die „alten“ Gewerkschaften treffen hier auf „neue“ – und wenn es klappt, dass diese unterschiedlichen Formen von Gewerkschaften einen gemeinsamen Nenner finden, dann können sie sehr viel bewirken, ob nun in der formellen oder der informellen Wirtschaft.

### Und was fordern Sie von der Politik?

Die Politiker müssen endlich wieder aktiv für soziale Gerechtigkeit sorgen. Wir haben ja gesehen, dass die Formel, die wir für eine Weile verfolgt haben – dass die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen sind – schon lange nicht mehr funktioniert und in einigen Ländern nie funktioniert hat. Eine globalisierte Wirtschaft braucht Regeln, und das heißt für die Arbeitswelt: internationale Mindeststandards. An die müssen sich alle halten, damit Wettbewerb über Innovationen funktioniert und nicht darüber, wer noch besser die Beschäftigten ausbeuten kann.

Für diesen Mechanismus gibt es die ILO, die trotz ihrer fast 100-jährigen Geschichte wichtiger ist denn je. Wenn alle Länder die verhandelten Übereinkommen ratifizieren, tatsächlich in nationales Recht umsetzen – und auch noch anwenden würden, dann wäre diese Welt schon eine erheblich bessere. Dafür setzten sich die Gewerkschaften ein – jeden Tag wieder neu.

Das Interview führte Beate Willms.

 \*Bianca Kühl ist Referatsleiterin, Internationale Arbeitsorganisation und Gewerkschaftsrechte Afrika, in der Abteilung Internationales im DGB-Bundesvorstand



Informelle Wirtschaft: Kommentiert

## Die Türen offenhalten

**Die Mehrzahl der Menschen weltweit wirtschaftet informell und ohne Absicherung. Organisieren können sie sich nur selbst. Aber die Gewerkschaften müssen deshalb nicht untätig bleiben, sagt Karin Pape.**

Weit über die Hälfte der Beschäftigten auf der Welt, in manchen Ländern bis zu 90 Prozent, arbeitet informell, ohne Registrierung und ohne Rechte: Nur gut jeder Fünfte hat Zugang zu einer sozialen Sicherung. Auch wenn es darunter ein paar Freiwillige geben mag, treibt doch die meisten die blanke Not, der Versuch zu überleben. Lange herrschte auch innerhalb der Gewerkschaften die Meinung vor, dass Industrialisierung und der richtige Mix an politischen Maßnahmen dem ein Ende machen könnten. Doch mittlerweile ist klar: Die Verhältnisse sind viel komplexer, kurzfristige Lösungen nicht möglich.

Deshalb hilft nur das Wiederaufgreifen der gewerkschaftlichen Grundidee: Nur mit Solidarität kann es gelingen, Konkurrenz innerhalb des Arbeitsmarktes zu überwinden und die Stärke zu entwickeln, ohne die Verbesserungen nicht durchzusetzen sind. Das gilt auch für informell Beschäftigte. Und tatsächlich haben diese in den letzten zehn bis 20 Jahren erhebliche Fortschritte in der Selbstorganisation gemacht. StreetNet ist ein Beispiel dafür, eine internationale Organisation von Straßenhändlern, die seit 2002 besteht und seither expandiert. Sie ist nicht in offizielle Gewerkschaftsstrukturen eingebunden, unterhält aber sehr gute Beziehungen zu Gewerkschaften. Oder der Internationale Bund der Hausangestellten (International Domestic Workers Federation, kurz IDWF). Er wurde im Oktober 2013 in Montevideo gegründet, wird ausschließlich von Frauen geführt und ist ebenfalls selbstständig. Seine Geschichte kann sogar als gewerkschaftliches Erfolgsmodell, als *best practice* gelten. Für Gewerkschaften ist es schwierig bis unmöglich, von sich aus aktiv zu werden. Und zur Organisation von Hausangestellten hat Diana Holland von der Gewerkschaft UNITE in England mal gesagt: „Wir konnten sie nur organisieren, weil sie schon organisiert waren – etwa in Selbsthilfegruppen oder Kirchengemeinden.“

Die Gewerkschaften könnten jedoch ein Klima der offenen Tür schaffen, anbieten, informell Arbeitende in ihre Schulungen zu integrieren oder ihnen Räume in Gewerkschaftshäusern zur Ver-

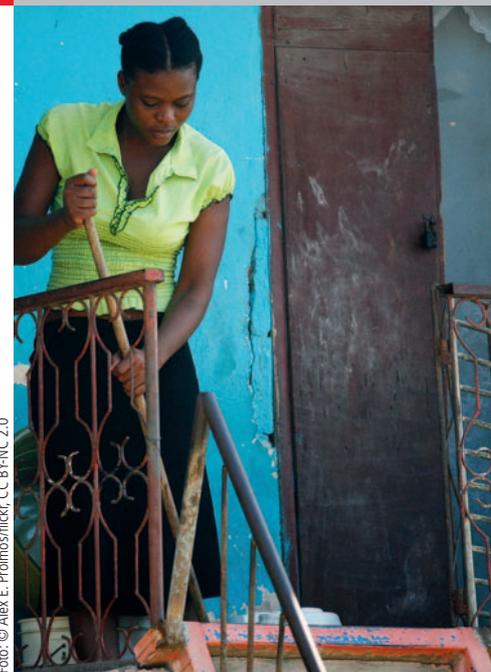


Foto: © Alex E. Proimos/flickr, CC BY-NC 2.0

Hausangestellte haben es geschafft: Ihre Arbeit wird formalisiert

fügung stellen. Der IDWF wurde so von Anfang an von der Internationalen der Lebensmittelgewerkschaften IUL begleitet, die die Selbstorganisationsbestrebungen der Hausangestellten bedingungslos unterstützte. Und er arbeitete eng mit WIEGO zusammen, einem internationalen Netzwerk von Forscherinnen und Forschern und Organisationen von informell Beschäftigten. Nun soll der IDWF bald als spezielle Gruppe in die IUL aufgenommen werden.

Die Lehren daraus: Informell Arbeitende brauchen zweierlei: Unterstützung dabei, selbst zum Motor zu werden und darüber zu bestimmen, wie sie sich organisieren wollen. Und breite Bündnisse, insbesondere wenn sie mit an den Verhandlungstischen sitzen wollen und sollen. Gewerkschaften können dabei eine große Rolle spielen, weil sie institutionell in viele Entscheidungsgremien eingebunden sind. Sie dürfen aber nicht stellvertretend für informell Beschäftigte sprechen, sondern sie müssen dafür sorgen, dass diese für sich selber sprechen können.

Karin Pape



Foto: © privat

 Die Autorin ist Europa-Koordinatorin sowohl für das internationale Netzwerk: Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing (WIEGO) als auch für die International Domestic Workers Federation (IDWF). Sie arbeitet in Genf.

 Weitere Infos: [www.idwn.info](http://www.idwn.info); [www.wiego.org](http://www.wiego.org)



## Bogotá – Gute Idee im Müll

**Bürgermeister Gustavo Petro hat die Müllsammler in das Abfallentsorgungskonzept von Bogotá mit einbezogen. Eine brillante Aktion – die zwei Jahre später seine Absetzung nach sich zieht.**

Klack! Klack! Klack! Das Klappern der Pferdehufe auf dem Asphalt ist vor dem Gemeindehaus des Stadtviertels Patio Bonito in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá deutlich zu hören. Dann zockelt eine Kutsche mit einer Frau auf dem Bock an dem vierstöckigen Gemeindehaus vorbei. Große Mengen Pappe hat sie geladen. „Müll ist für viele von uns Rohstoff. Vom Aussortieren von Blech, Pappe oder Plastik leben viele Frauen unserer Organisation“, erklärt María Victoria Robajo. Sie ist eine der Frauen, die 1998 die Asociación de Mujeres del Río (Asrio) – die Vereinigung der Frauen vom Fluss – gründeten, um sich gegenseitig zu helfen. „Das war nötig, denn viele von uns sind oder waren Alleinerziehende, und mussten sich irgendwie durchschlagen“, so die Frau von Mitte 50. Sie hat damals beim Bau des vierstöckigen Gemeindezentrums, das auch einen Kindergarten beherbergt, Hand angelegt, gezimmert, gegossen und gemauert. Das markante Haus ist bis heute ein wichtiger Anlaufpunkt in Patio Bonito. Das Stadtviertel gehört zum Distrikt Kennedy und liegt im Süden von Kolumbiens Hauptstadt Bogotá. Gebrauchte Kleidung wird in der Bodega genauso verkauft wie heißer Kaffee oder Zuckerwasser, um sich aufzuwärmen. „Den Kindergarten nutzen viele von uns. So wissen wir die Kinder in guten Händen, können arbeiten gehen und helfen uns gegenseitig.“

Viele der Frauen haben sich auch in der Unicorn, der Genossenschaft der Wertstoffsammlerinnen und Wertstoffsammler, organisiert. In Kolumbien werden sie *Recicladoras* genannt. Gemeinsam betreiben sie eine eigene Lagerhalle. Die 160 beteiligten Frauen können so bessere Preise erzielen und kalkulieren, was sie verdienen. Sie stehen heute deutlich besser da als früher. Das hat auch damit zu tun, dass sie Ende des Jahres 2012 den Auftrag bekommen haben, einen Teil der städtischen Abfallentsorgung mit zu übernehmen. Die Vereinigung der Wertstoffsammler Bogotás (ARB) hatte dafür lange gekämpft. „Ihren Klagen auf Inklusion statt Exklusion hat das Verfassungsgericht schließlich Recht gegeben, so dass die Stadtverwaltung sich neue Konzepte überlegen mussten, wie sie die Müllrecycler integriert“, so Federico Parra von der Nichtregierungsorganisation Wiego. Die international agierende

Organisation engagiert sich für die Rechte von Frauen und Familien, die im informellen Sektor schufteten.



Foto: © Knut Henkel

Federico Parra ist Lateinamerika-Koordinator der NRO Wiego

So auch in Bogotá, wo mindestens 14.000 Familien vom Recycling des Mülls der Neun-Millionen-Stadt leben. 13.500 wurden bis September 2012 vom Zensus der Stadtverwaltung erfasst, weitere ein- bis dreitausend bemühen sich laut Parra noch um ihre Registrierung. Die ist Voraussetzung, um von der verantwortlichen Firma der Stadtverwaltung (UASEP) entsprechend der abgegebenen Mengen bezahlt oder auch angestellt zu werden. Mit dem neuen, seit Dezember 2012 gültigen System beschritt Bogotá Neuland. „Weg vom strikt privatwirtschaftlichen Konzept hin zu einem der Inklusion und Partizipation“, so Parra. Bei den Betroffenen, ob in Patio Bonito oder den anderen armen Stadtvierteln im Süden Bogotás, wo sich die Recyclingunternehmen konzentrieren, kam das ausgesprochen gut an. „Nun gibt es direkte Arbeitsverträge mit der Stadtverwaltung, die Leute verdienen mehr als einen Mindestlohn und werden

nicht mehr so stigmatisiert, wie es zuvor der Fall war,“ erklärt der Leiter der Kinder- und Jugendorganisation *Cresciendo Unidos (FCU)*, Reinel García.

Die befindet sich in Villa Javier, einem alten Arbeiterviertel, wo Müllsammlerinnen und Müllsammler rund um die Märkte präsent sind und den Müll vorsortieren. Das funktioniert gut, nur in der Übergangsphase Mitte Dezember 2012 kam es in einigen Ecken Bogotás zu Müllbergen. Die sind dem linken Bürgermeister Gustavo Petro, der bekannt ist für sein soziales Engagement und seine wenig effektive Verwaltung, ein Jahr später zum Verhängnis geworden. Der Prokurator, ein für die Kontrolle der öffentlichen Hand verantwortlicher Ombudsmann, hat Anfang Dezember 2013 ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn eingeleitet und ein 15-jähriges politisches Betätigungsverbot verfügt. Prokurator Alejandro Ordóñez ist bekannt für seine Nähe zum konservativen Lager. Seine Initiative hat in Kolumbien nicht nur zu einer Polarisierung der öffentlichen Meinung geführt, sondern auch zu zahlreichen Demonstrationen für den Bürgermeister.

Unter den Demonstrierenden waren Tausende von Müllsammlerinnen und Müllsammlern, die Gustavo Petro die Daumen drücken, weil er ihnen den Weg zu einem formellen Arbeitsverhältnis geebnet hat. Das ist der erste Schritt, um sich auch gewerkschaftlich zu organisieren, sagt Federico Parra. Er befürchtet, dass der politisch motivierte Prozess gegen Petro sich negativ auf das aktuelle Entsorgungskonzept niederschlagen könnte. „Die vier großen Entsorgungsunternehmen, die vorher die lukrative Müllentsorgung unter sich aufteilten, haben noch nicht aufgegeben.“

Knut Henkel

 ist freier Journalist in Hamburg.



Foto: © Knut Henkel

Recycling ist eine wichtige Einnahmequelle in Bogotá – Viele Müllsammler sind mit einfachen Pferdekutschen unterwegs



# Indien – Vertreiben oder Behindern verboten

**Indiens Straßenhändler haben sich organisiert und darum gekämpft, durch ein Gesetz geschützt zu werden. Jetzt ist es fast so weit. Nötig ist das allemal.**

Janprakash Gupta arbeitet als Obsthändler im Delhies Stadtteil Madhu Vihar – wenn ihn die Polizei lässt. Denn er ist einer von rund einer Million *Reharipatriwale* (Straßenhändlerinnen und Straßenhändler) in der indischen Hauptstadt. Er arbeitet also in einer Branche, für die es keine gesetzliche Grundlage gibt und die der Willkür der Polizei und auch der städtischen Inspektoren ausgesetzt ist. „1.000 Rupien im Monat streicht der so genannte Ordnungshüter in unserem Abschnitt von jedem ein“, sagt Gupta. Zahle man nicht, sei man bei der nächsten Razzia dran: „Es setzt Hiebe. Unser Arbeitsmaterial wird zerstört oder beschlagnahmt. Und am Ende drückt man uns noch einen Strafzettel über 2.000 Rupien in die Hand.“

Dabei hat der höchste Gerichtshof Indiens im September 2013 festgelegt, dass keine Straßenhändlerin und kein Straßenhändler vertrieben oder behindert werden darf, bis eine gesetzliche Regelung in Kraft tritt. Das Unterhaus des Parlaments verabschiedete daraufhin ein „Gesetz zum Schutz der Rechte auf Existenzsicherung und soziale Sicherheit der Straßenhändler sowie zur Regulierung des städtischen Straßenverkauf.“ Der 60-jährige Straßenhändler erinnert sich, wie er damals Süßigkeiten verteilte. „Das ist ein historischer Tag, habe ich gesagt, weil wir der Gnade der Behörden nicht mehr ausgeliefert sind.“ Dann blieb das Gesetz allerdings im Oberhaus hängen.

Darüber regt sich auch Arbind Singh auf, der nationaler Koordinator der Assoziation der Straßenhändler Indiens (NASVI) ist. Die Regulierung sei eine „sozialpolitische Notwendigkeit im urbanisierten Indien“, sagt er. Es würde landesweit rund 12,5 Millionen Straßenhändlern „festen Boden unter den Füßen“ verschaffen, bestätigte kürzlich Rahul Gandhi, der Vizepräsident der Kongresspartei, bei einem Treffen mit NASVI-Vertretern. Das Gesetz schreibt die Bildung von Komitees für jeden Stadtbezirk vor, die alle Straßenverkäuferinnen und Straßenverkäufer registrieren, ihnen Arbeitsgenehmigungen ausstellen und Verkaufszonen festlegen, in denen sie unbehelligt ihre Waren feilbieten können. Mit einem Schlag wären Erpressung und Bestechung der Boden entzogen,



Foto: © Hilmar König

Delhis Chefminister Arvind Kejriwal von der „Partei des kleinen Mannes“ spricht zu den Straßenhändlerinnen und Straßenhändlern

die *Reharipatriwale* erhielten eine feste Existenzgrundlage. NASVI und die Gewerkschaft SEWA (Self-employed Women's Association), mit der allein in Delhi etwa 10.000 Straßenhändlerinnen und Straßenhändler zusammenarbeiten, haben am Entwurf des Gesetzes maßgeblich mitgewirkt. Sie halten es nicht zuletzt deshalb für recht gelungen, auch wenn sich der gesamte Prozess über zehn Jahre hingezogen hat.

Auf dem Weg zu einer Massenveranstaltung der Straßenhändlerinnen und Straßenhändler schlendern wir Ende Januar mit dem Obstsaft Händler den Janpath hinunter, die zentrale Einkaufs- und Geschäftsmeile im Herzen Neu-Delhis. Alle paar Meter hat hier jemand seinen Stand aufgebaut – hier eine Kiste, dort ein Dutzend übereinander gestapelte Ziegelsteine mit einem Brett darüber oder ein mobiler Shop auf zwei oder vier Rädern. Das vielfältige Angebot besteht aus heißem knusprigem Imbiss, frisch gebrühtem Ingwertee oder Trinkwasser, aber auch Kunstblumen, Taschentüchern und Sonnenbrillen, Werkzeugen und Schmuck, Büchern und Zeitungen und vielem mehr. An einer Hauswand hat ein Uhrmacher sein schmales Arbeitsregal aufgestellt. In einem Eingang sitzt ein Schildermacher. Auf dem Parkplatz arbeitet ein Barbier, gleich daneben hockt ein Schuhputzer.

In der Versammlungsstätte Jantar Mantar, wo das „Parlament der Straßenhändler“ erstmals tagt, empfängt uns Frau Neelam von SEWA: „Wir wollen Druck machen auf die Politiker“, sagt sie.

Zehntausend Menschen von 50 lokalen Märkten Delhis sowie aus Punjab und Bihar seien gekommen, um „mit einer Stimme zu sprechen, ihr Selbstbewusstsein und ihre Identität zu stärken“. Sprechchöre schallen über den Platz: „Warum sind wir hierher gekommen? Um unseren Arbeitsplatz zu verteidigen. Es lebe die Revolution!“ Auf

einem Banner steht in Hindi: „Wir haben viel erduldet. Jetzt reicht's. Verabschiedet das Gesetz. Stoppt die Erpressung seitens der Polizei und der städtischen Behörden. Schafft Verkaufszonen in jedem Stadtviertel.“ Jubel brandet auf, als Delhis Chefminister Arvind Kejriwal von der Aam Aadmi Party (Partei des „kleinen Mannes“) ans Mikrofon tritt: „Wenn es euch nicht gäbe, käme Delhi zum Stillstand, käme es zum Aufruhr.“ Tatsächlich holen sich Büroangestellte, Riksha-, Taxifahrerinnen und -fahrer, Tagelöhner und Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Werkstätten bei den Straßenhändlerinnen und Straßenhändlern ihr Mittagessen und ihren Tee. Die Verkaufsstände sind integraler Bestandteil der indischen Wirtschaft. Viele Inderinnen und Inder, so Kejriwal, können sich Einkäufe in Supermärkten und Shopping-Malls nicht leisten.

Inzwischen ist Janprakash Gupta mit zwei Bechern süßem Tee zurück und erklärt, die parlamentarische Verabschiedung des Gesetzes werde zwar ein Meilenstein, doch der Kampf gehe weiter. „Das Ende der Diskriminierung auf dem Papier ist eine gute Sache, aber sie muss ja in der Praxis aufhören. NASVI muss der Wachhund sein, damit das wirklich geschieht.“ Ende Februar hat auch das Oberhaus das Gesetz abgenickt, die endgültige Verabschiedung ist nun Sache von Staatspräsident Pranab Mukherjee.

Hilmar König

ist freier Journalist in Delhi.



# Bangladesch – „Die Näherinnen sind traumatisiert“

**Im April letzten Jahres stürzte in Bangladesch die Textilfabrik Rana Plaza ein. Seit her hat sich die Branche verändert. Mit einem Abkommen über Feuer- und Gebäudesicherheit zwischen globalen Gewerkschaftsbündnis, Gewerkschaften aus Bangladesch und Textilunternehmen sollen die Arbeitsplätze sicherer werden. Doch für die Gewerkschaften gibt es noch einiges zu tun. „Wir müssen ‚Bildungsarbeit‘ leisten“, sagt Frank Zach vom DGB-Bundesvorstand.**

*Nord | Süd-news: Herr Zach, wie geht es den Näherinnen in Bangladesch, knapp ein Jahr nach dem verheerenden Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in der Hauptstadt Dhaka? Am 14. April 2013 starben dort mehr als 1.100 Menschen.*

Frank Zach: Die Überlebenden von Rana Plaza und vom Brand wenige Monate zuvor in der Kleiderfabrik Tazreen, die ich gefragt habe, ob sie zurück in die Textilfabrik gehen, haben einhellig gesagt: „Nein.“ Sie haben ein traumatisches Erlebnis hinter sich. Wovon die jetzt leben, weiß ich nicht.

*Den Hinterbliebenen der Opfer wurden Entschädigungen versprochen, das Geld ist nur in Teilen angekommen?*

Das stimmt leider. Als ich letzten Oktober zu Besuch in Bangladesch war, erschütterte mich, dass für die Opfer noch nicht einmal der letzte Monatslohn bezahlt war. Die Begründung lautete, die Opfer seien ja noch nicht identifiziert. Kurz nach Weihnachten hat sich das Gewerkschaftsbündnis IndustriALL mit einigen der Textilmarken auf die Gründung eines Entschädigungsfonds geeinigt. Die Verhandlungen gehen weiter.

*Welche Firmen sind fortschrittlich?*

Über 120 Firmen haben sich dem ACCORD, dem Abkommen für bessere Feuer- und Gebäudesicherheit, angeschlossen. Sie garantieren, dass niemand entlassen werden kann, der sich weigert, eine unsichere Fabrik zu betreten. Sie sagen auch Geld zu, um Baumängel zu beseitigen.

*Wie geht es nun weiter?*

Gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation ILO hat das technische Team des

ACCORD dieser Tage einen einheitlichen Standard zur Überprüfung der Textilfirmen in Bangladesch geschaffen, mit dem bis September 1.500 Firmen überprüft und bewertet werden sollen. Es geht voran. Die Firmen haben endlich erkannt, dass sie etwas tun müssen und auch eine Verantwortung tragen.

*Hätte es diese Einsicht ohne den Fabrikeinsturz gegeben?*

So schlimm es klingt, es bedurfte wohl einer solchen furchterlichen Katastrophe. Zwar gab es schon im Vorfeld Gespräche zwischen internationalen Textileinkäufern und den globalen Gewerkschaftsföderationen IndustriALL und UNI darüber, wie man die Arbeitsbedingungen verbessern könnte. Es gab auch schon den erheblichen Druck durch die *Clean Clothes Campaign*. Aber es fehlte der große öffentliche Aufschrei.



Foto: © Abrir Abdullah/IndustriALL Global Union

Warten auf Entschädigung

*Was ist mit den Löhnen?*

Da nimmt der Druck auf die Unternehmen genauso zu. Die Kolleginnen und Kollegen in Bangladesch haben heftig dafür gekämpft, dass der Mindestlohn jetzt gestiegen ist. Gelernte Näherinnen erhalten 64 statt 39 Euro. Wir müssen die Gewerkschaften in Bangladesch jetzt so unterstützen, dass sie so wirkungsmächtig werden, dass die Löhne regelmäßig angeglichen werden.

*Wie lässt sich das machen?*

Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Bangladesch müssen schlicht mehr Mitglieder gewinnen. Seit Rana Plaza hat sich da einiges getan, die Kolleginnen und Kollegen schaffen betriebliche Gewerkschaftsstrukturen. Sie haben aber nur sehr beschränkte Ressourcen und noch immer mit antigewerkschaftlichen Unternehmern und staatlichen Stellen zu kämpfen. Wir können ihnen zur Seite stehen, Trainings finanzieren und einfach gewerkschaftliche Bildungsarbeit leisten.

*Wie gefährlich leben Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Bangladesch?*

Zumindest um sein Leben muss zurzeit dort keiner fürchten. Aber das Klima ist gewerkschaftsfeindlich. Das im letzten Jahr verabschiedete Arbeits- und Gewerkschaftsgesetz blieb weit hinter den Normen der ILO zurück. Bangladesch muss nachbessern.

*Passt den Firmen eine neue Arbeiterbewegung nicht, könnten sie in andere Länder ausweichen. In Kambodscha töteten Anfang des Jahres Polizisten demonstrierende Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter.*

Kambodscha ist gefährlich. Der IGB, IndustriALL und UNI haben mit 30 Textilunternehmen einen eindringlichen Appell an die Regierung in Kambodscha gerichtet, für die Einhaltung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte zu sorgen und die Verbrechen an Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zu verfolgen. Als internationale Gewerkschaftsbewegung müssen wir prüfen, ob bindende Verträge wie der ACCORD von Bangladesch für andere Länder ein Modell sein kann.

*Wie lange kann man sich da Zeit lassen?*

Die Branche ist sehr mobil, sie baut schon jetzt die ersten Textilfabriken in Afrika auf, etwa in Äthiopien. Tatsächlich müssen wir darauf achten, dass am Ende, wenn die Arbeitsbedingungen vernünftig geregelt sind, auch noch Arbeitsplätze da sind. Aber ich bin zuversichtlich, dass es ein Umdenken in der Branche gibt. Aber auch dafür braucht es weiterhin öffentlichen Druck!

Das Interview führte Hanna Gersmann.



Frank Zach, 53 Jahre, leitet das Referat Osteuropa und Asien beim DGB Bundesvorstand. Er war im Oktober in Bangladesch und begleitet das Projekt des DGB Bildungswerk BUND für die Opfer des Brandes in der Tazreen-Kleiderfabrik.



Mehr Informationen zum ACCORD:  
[www.bangladeshaccord.org](http://www.bangladeshaccord.org)



## FIFA hält an Katar fest

Kritische Stimmen innerhalb der FIFA haben keine Chance. Bevor der EU-Menschenrechtsausschuss Mitte Februar eine Anhörung zu den Zuständen auf den Baustellen für die Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar veranstaltete, waren auch aus den Reihen des Fußballweltverbandes einige Zweifel laut geworden, ob es richtig war, das Championat an den Wüstenstaat zu vergeben. Nach der Anhörung klang das wieder ganz anders. Selbst FIFA-Exekutivmitglied Theo Zwanziger, der sich vorher kritisch geäußert hatte, sagte da, ein WM-Entzug sei „absolut kontraproduktiv“. Seine Begründung: „Immerhin hat erst die Vergabe die Zustände in Katar öffentlich gemacht.“

FIFA-Präsident Sepp Blatter ist sich ohnehin keiner Schuld bewusst und weist jede Kritik an dem Turnier in dem Wüstenstaat, aber auch an der Vergabe der WM 2018 nach Russland zurück. Allerdings soll sich die Vergabepaxis in Zukunft ändern. Statt wie bisher das Exekutivkomitee, das aus rund zwei Dutzend Mitgliedern besteht, soll künftig der FIFA-Kongress entscheiden, wo die Weltmeisterschaften stattfinden. Dieser soll dabei – das erklärt Blatter zumindest jetzt – „auch die politische und Menschenrechtssituation in den Kandidatenländern anschauen“. Den Gewerkschaften reicht das nicht. Mitte März wollte die Internationale der Bau- und Holzarbeiter, BWI, erneut mit der FIFA zusammentreffen, um darüber zu sprechen, wie der Fußballverband seine Macht als Auftraggeber auch im Sinne der ausgebeuteten Arbeiter einsetzen kann. Für April ist eine neue Studie des Internationalen Gewerkschaftsbunds IGB angekündigt. Derzeit führen die Gewerkschaften eine gemeinsame Kampagne mit dem Titel „Re-Run the Vote: No World Cup Without Workers' Rights“, die den Druck auf die FIFA erhöhen soll.

In Katar werden rund 1,4 Millionen Gastarbeiter verklavt: Das *Kafala* genannte Migrationskontroll-System des Landes sieht vor, dass jeder Einreisende einen Bürgen braucht, der für die Formalitäten und die Registrierung sorgt, dafür



Selbst ordentliche Schlafplätze sind rar

aber den Pass bis zum Vertragsende einzieht. In der Praxis führt das zu einer kompletten Abhängigkeit und Rechtslosigkeit der Arbeiter. Entsprechend werden auf den Baustellen fundamentale Prinzipien und Arbeitsstandards missachtet.



Weitere Infos: [www.rerunthevote.org](http://www.rerunthevote.org); [www.bwint.org](http://www.bwint.org)

## Mitreden bei der Freihandelszone TTIP

Können multinationale Konzerne künftig Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards in der EU oder in den USA über die sogenannte Investorenschutzklausel aushebeln? Müssen sich europäische Verbraucher auf Chlorhähnchen und US-Konsumenten auf schlechter getestete Medikamente einstellen? Und die Gesetzgeber auf verstärkte Lobbykampagnen bei neuen Gesetzesinitiativen? Das ist nur ein Teil der Befürchtungen, die die Kritiker des Transatlantischen Trade and Investment Partnership, kurz TTIP genannt, umtreibt. Das Abkommen zwischen der EU und den USA soll die größte Freihandelszone der Welt schaffen.

Fertig sein will man im Herbst oder Winter 2014. Doch mit welchem Mandat die EU-Verhandler in die bislang vier Treffen gegangen sind, war lange geheim – und sollte das auch bleiben. Nur über das Klagerecht für Konzerne wollte die EU im März informieren und sich die Bedenken der Zivilgesellschaft anhören. Doch was inzwischen an Papieren durchgesickert ist, lässt auch Gewerkschaften auf Abstand gehen. Die IG Metall fordert einen Stopp der Verhandlungen. „Es geht ausschließlich um die Absenkung der Schutzmechanismen für Verbraucher und Arbeitnehmer“, sagte deren Vorsitzender Detlef Wetzel. Der DGB verlangt, die Gespräche auszusetzen und ganz neu zu beginnen.



Mehr Infos: [www.ttip-leak.eu](http://www.ttip-leak.eu)

## Neue Broschüre: Kernarbeitsnormen der ILO

Jeder zweite Arbeitsplatz, der heute weltweit entsteht, ist prekär, das heißt: sozial und arbeitsrechtlich nicht abgesichert – und oft nicht existenzsichernd bezahlt. Es handelt sich um befristete oder erzwungene Teilzeitarbeit, um Leiharbeit, oder um Arbeit im informellen Sektor. Die Situation am Arbeitsplatz nicht nur im globalen Süden ist



oftmals noch schlimmer. Aktuelle Studien zufolge müssen heute bereits bis zu 30 Millionen Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten. Besonders gefährdet, in solche Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse hineinzurutschen, sind Frauen und junge Menschen, sogar Kinder. Das DGB-Bildungswerk BUND hat sich umfassend damit auseinandergesetzt, wie diese Entwicklung er kämpfte Arbeits- und Sozialstandards unter Druck setzt. Wie Menschen damit im globalen Süden ankommen, was lokale und globale Optionen sein können, was die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) dagegen tun kann und wer weitere Akteure sein können, um diesen massiven Trend zur menschenunwürdigen Arbeit und Prekarisierung zu stoppen und umzudrehen, fasst die Broschüre „Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!“ zusammen.



[www.nord-sued-netz.de/medien/material-bestellen](http://www.nord-sued-netz.de/medien/material-bestellen)

### IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.  
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer  
Verantwortlich: Jens Martens  
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Wilms  
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND  
Nord-Süd-Netz  
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500  
[nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de](mailto:nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de)  
[www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)  
[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

Spendenkonto: Nord LB, Hannover  
Kto: 015 201 2522, BLZ: 250 500 00  
IBAN: DE30 2505 0000 0152 0125 22  
Swift: NOLADE2H

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.  
Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.



 *Materialien für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit*

2014

## Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!

Jeder zweite Arbeitsplatz, der heute in Deutschland entsteht, ist prekär, das heißt: sozial und arbeitsrechtlich nicht abgesichert und oft nicht existenzsichernd. Es handelt sich um befristete oder erzwungene Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Arbeit mit Werkverträgen oder auch Arbeit im informellen Sektor. Weltweit müssen bereits bis zu 30 Millionen Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten. Besonders gefährdet, in solche Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse hineinzurutschen, sind Frauen und junge Menschen, sogar Kinder. Wie Menschen damit leben, was lokale und globale Handlungsoptionen, wer die Akteure sein können, um diesen massiven Trend zur Prekarisierung zu stoppen und umzudrehen, fasst die Broschüre „Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!“ zusammen.



 Hiermit bestelle ich   
Exemplare zum Preis von je € 3,50  
(inkl. 7 % MwSt. und Versandkosten)

Broschüre, 60 Seiten

2012/2013

## Weltweiter Verteilungskampf um Ressourcen – Rohstoffe, Wasser, Energie

Unverhohlen verfolgt die Europäische Kommission mit ihrer Rohstoffinitiative von 2008 (Raw Materials Initiative) einen neoliberalen, den Interessen der Wirtschaft dienenden Kurs. Europa droht, sich damit in die Phalanx der ökonomisch aggressiven, einseitig auf Versorgungssicherheit ausgerichteten Staaten einzureihen. Damit unterscheidet sich Europa nur noch graduell von Staaten wie China, den Vereinigten Staaten und Kanada. Neben den Staaten agieren zunehmend auch die privaten Unternehmen in dem großen Spiel.



 Hiermit bestelle ich   
Exemplare zum Preis von je € 3,50  
(inkl. 7 % MwSt. und Versandkosten)

Broschüre, 60 Seiten, u.a. mit Beiträgen von IG BCE, IG Metall, Oxfam, weed

2012/2013

## Länderprofil Kolumbien – Licht am Ende des Tunnels im Bürgerkriegsland?

Kolumbien gilt weltweit als gefährlichster Ort für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Expertinnen und Experten von Hilfswerken, Stiftungen, Gewerkschaften und Universitäten sowie freie Journalistinnen und Journalisten schreiben über die Landfrage, die Medien, die Außenpolitik und die Beratungen Kolumbiens mit der EU über ein Freihandelsabkommen sowie über Kampagnen, die sich dagegen richten. Genossenschaften und Kooperativen, prekäre Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit werden ebenso aufgenommen wie die Situation in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft.



 Hiermit bestelle ich   
Exemplare zum Preis von je € 3,50  
(inkl. 7 % MwSt. und Versandkosten)

Broschüre, 68 Seiten, in Kooperation mit kolko – Menschenrechte für Kolumbien, Misereor, Friedrich-Ebert-Stiftung

Über die Projekte und Partner des DGB Bildungswerk BUND in Kolumbien berichtet José Luciano Sanín Vásquez von der Gewerkschaftsschule in Medellín.

## Printpublikationen bestellen

### IHRE DATEN/RECHNUNGSADRESSE

Firma/Organisation

Vorname\*

Name\*

Straße, Haus-Nr.\*

PLZ, Ort\*

E-Mail\*

Nach Ihrer Bestellung erhalten Sie eine elektronische Bestätigung an diese E-Mail Adresse.

Telefon (für Rückfragen)

Fax

### IHRE LIEFERADRESSE (Nur ausfüllen, wenn die Lieferadresse von der Rechnungsadresse abweicht.)

Firma/Organisation

Vorname\*

Name\*

Straße, Haus-Nr.\*

PLZ, Ort\*

Bitte Formular ausdrucken und in Blockschrift ausfüllen. Mit Sternchen gekennzeichnete Felder sind Pflichtfelder.

Ort, Datum

Unterschrift/Stempel

**An das  
DGB Bildungswerk e.V.  
Postfach 10 30 55, 40021 Düsseldorf  
oder per Fax an: 0211/4301-500**

**oder direkt über unsere Webseite bestellen:**

[www.nord-sued-netz.de/medien/material-bestellen](http://www.nord-sued-netz.de/medien/material-bestellen)